

Berliner Tageblatt

VI. Jahrg. Nr. 52

28. Dezember 1917

Wochen=Ausgabe
für Ausland und Uebersee

erschient jeden Mittwoch. Man abonniert bei allen Postanstalten in den Kolonien und Schutzgebieten des Deutschen Reiches, den Postanstalten in China, Konstantinopel und der Levante, Österreich-Ungarns, der Schweiz, Belgien, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, der dänischen Antillen, Schwedens, Norwegens, der Donestaaten, Chiles, Uruguay zum Preise von 4,50 M. vierteljährlich inklusive Postzuschlag; für alle übrigen Staaten nur unter Kreuzband durch den Verlag, Berlin SW. 2 M. monatlich inklusive Porto, frei ins Haus.

Zeilenpreis 75 Pf. Alle Anzeigen-Annahme: Annoncen-Exped. Rudolf Mosse, Berlin SW. 1, Jerusalemer Str. 46/49, Breslau, Schwedlitzer Str. 21, Dresden, Altmarkt 15, Düsseldorf, Schadowstr. 20/22, Frankfurt a. M., Zelt 123, Hamburg, Jungfernstieg 12, Köln a. Rh., Hohe Str. 94, Leipzig, Grunnauscher Str. 27, Magdeburg, Breitenweg 12, Mannheim, Planen 04/6, München, Theatinerstr. 2, Nürnberg, Karolinenstr. 25, Prag 11, Graben 6, Strassburg i. E., Alter Weinmarkt 1, Stuttgart, Königsstr. 31/3, Wien I, Seilerstrasse 2, Warschau, Marszałkowska 124, Basel, Aeschenvorstadt 50, Zürich, Limmatquai 34. — Druck u. Verlag von Rudolf Mosse, Berlin.

Für einen allgemeinen Frieden.

Die politische Lage.

Von
Josef Schwab.

Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. — Eine letzte Gelegenheit für die Entente. — Eine wirklich demokratische Friedensgrundlage. — Fortgang der Sonderverhandlungen mit Russland. — Die Bekämpfung unserer Kriegsziele und ihre voraussichtliche Wirkung in England, Frankreich und Italien.

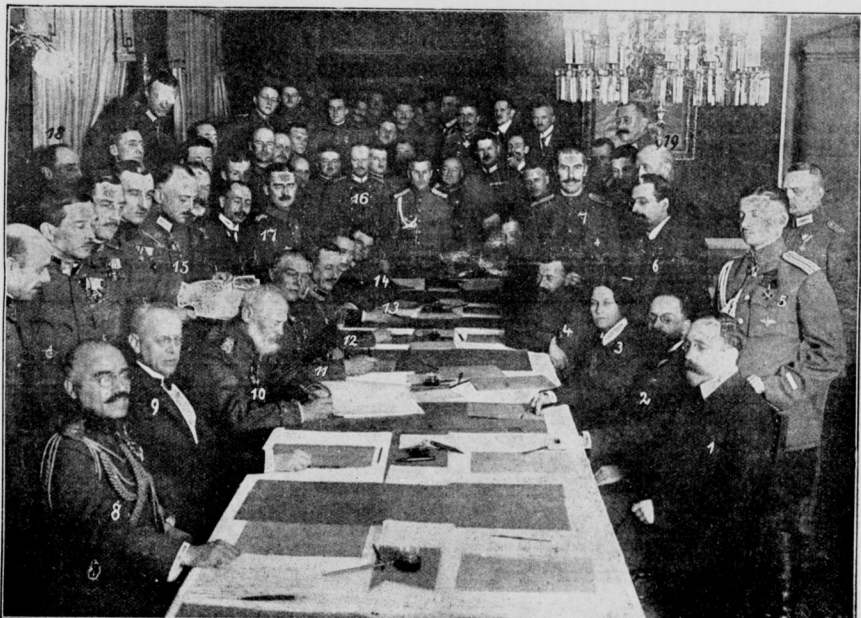
Die Friedensbotschaft der Weihnacht ist heute, da die Menschheit zum vierten Male das schönste aller Feste unter Tosen des Waffenlärms begeht, zum Glück kein leeres Wort mehr. Was vor einem Jahre, zu der Zeit, als das Friedensangebot der Mittelmächte von der Gesamtheit der Feinde hochmütig abgewiesen wurde, nichts als eine unerfüllbare Sehnsucht der Millionen war, ist heute zu einem Teile — freilich zu einem Teile nur — auf dem Wege zur greifbaren Wirklichkeit. Die Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Russland, die sofort nach dem Abschluss des Waffenstillstandes ihren offiziellen Anfang genommen haben, schreiten, getragen vom beiderseitigen aufrichtigen Wunsche nach Verständigung, rasch vorwärts. Innerhalb weniger Tage ist ein Stadium erreicht worden, in dem es klar wurde, dass auf der Seite Russlands und derjenigen der Mittelmächte in der Hauptsache Einmütigkeit über die Grundlagen besteht, auf denen über einen allgemeinen Frieden verhandelt werden kann. Darum hat man bereits, nachdem diese bedeutsame Tatsache festgestellt worden ist, eine zehntägige Frist vereinbart, um den mit Russland verbundenen Völkern die Möglichkeit zu bieten, sich mit den aufgestellten Prinzipien bekannt zu machen. Nach Ablauf dieser Frist sollen die Verhandlungen unter allen Umständen fortgesetzt werden. Es ist klar, was diese Vereinbarung bedeutet. Es ist kein neues deutsches Friedensangebot an die Westmächte. Es ist vielmehr eine in letzter Stunde wiederholte, feierliche Erklärung der russischen Regierung an ihre bisherigen Verbündeten, dass nicht ein Sonderfrieden, sondern der Abschluss des allgemeinen Friedens Zweck der Brest-Litowsker Verhandlungen sein soll, und es ist die Zustimmung der Mittelmächte zu diesem Programm. Es ist eine von russischer Seite ausgehende Feststellung, dass die erklärte Politik der Mittelmächte kein Hindernis des allgemeinen Friedens ist. Der Führer der russischen Delegation hat gesagt, dass die Mittelmächte die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen angenommen haben, dass ihre offene Erklärung, keine aggressiven Absichten zu hegen, die Möglichkeit allgemeiner Friedensverhandlungen eröffne. Er hat damit noch mehr gesagt. Er hat festgestellt, dass, wenn diese Verhandlungen nicht zustande kommen, das Hindernis auf der anderen Seite liegt, bei den Westmächten, die es ablehnen, auf der Grundlage der gleichen Prinzipien in diese Beratungen einzutreten, die die Fortsetzung des Krieges wollen, weil ihre Absichten von denjenigen, über die man sich am 25. Dezember in Brest-Litowsk geeinigt, weit entfernt sind. Mit ausserordentlicher Klarheit und Bestimmtheit, die die segensreiche Folge der von Russland angeregten fortlaufenden öffentlichen Berichterstattung über das grosse diplomatische Schauspiel ist, treten nun alle diese Dinge ans Licht. Fernerhin kann es keinen Zweifel mehr geben, wo die Feinde und wo die Freunde eines gerechten und vernünftigen Friedens schlussens und wo diejenigen sind, die ihre Völker für imperialistische Eroberungsziele weiter kämpfen lassen wollen. Dadurch ist gewissermaßen eine neue Lage geschaffen, ein Ergebnis, das dem ersten Weihnachtstages des Jahres 1917 historische Bedeutung verleiht.

Die Völker in beiden Lagern werden vermutlich noch oft Gelegenheit haben, sich dieses Tages zu erinnern. Die eigentliche Stellungnahme der Ententevölker dazu wird man wohl erst beobachten können, wenn das Friedensereignis, das jetzt auf politischem Boden gepflanzt worden ist, sich zu weiterem Wachstum entfaltet hat. Augenblicklich ist kaum anzunehmen, dass in den Absichten der westlichen Regierungen, die nun wie hypnotisiert nach dem Lande jenseits des Ozeans als der Quelle des künftigen Triumphes starren, eine Aenderung eintritt. Es ist auch nicht gerade wahrscheinlich, dass innerhalb zehn Tagen die Friedenspartei, die ja überall an offenem und noch mehr an stillem Anhang gewinnt, einen solchen Umschwung bewirken könnte, so verdienstlich es ist, ihr diese Möglichkeit eröffnet zu haben und so stark auch der Eindruck der Kündgebung von Brest-Litowsk sein mag. Die Nationen der Ententestaaten werden aber über kurz oder lang darüber mit ihren Regierungen abzurechnen haben, die den geschichtlich Augenblick versäumen. Das deutsche Volk wird jedenfalls in seiner weit überwiegenden Mehrheit mit hoher Befriedigung von den Mitteilungen, die ihm zum Fest beschieden worden sind, Kenntnis

Herrn v. Kühlmann, schon ehe er seine Eröffnungsrede halten konnte, beflissen Knüppel zwischen die Beine warfen, ein Sturm in der Wassergasse bleiben. Die deutsche Regierung hat in ehrlicher Erfüllung getroffener Vereinbarungen den Weg zum Frieden beschritten, der durch besonderen und dauernden Erfolg verspricht, weil er nach innen wie nach aussen ein demokratischer Friede sein wird.

Ungeachtet der zehntägigen Pause ist man in Brest-Litowsk ohne weiteres zur Erörterung derjenigen Gegenstände geschritten, die auch im Fall allgemeiner Friedensverhandlungen zwischen Russland und dem Vierverband unter sich allein zu ordnen sind. Diese Mitteilung muss man mit besonderer Genugung begrüßen. Denn sie zeigt, dass man auf Grund der bisherigen Aussprachen auf beiden Seiten von gutem Glauben an den Erfolg der Sonderfriedensverhandlungen erfüllt ist, die, wenn die Westmächte taub bleiben, ohne weiteres ihren Gang nehmen. Es fehlt auch da nicht an Meinungsverschiedenheiten; die Russen werden z. B. wie ja auch Graf Czernin erklärt hat, der unannehmbar weiten Auslegung, die sie dem Begriff des Selbstbestimmungsrechts der Nationalitäten geben wollen, entsagen müssen. Aber die Hauptsache bleibt, dass beiderseits der Verhandlungswille, nach Herrn v. Kühlmanns Worten, vom Geiste verständlicher Menschenfreundlichkeit und gegenseitiger Achtung getragen ist. Das Bestreben, an die Stelle des Kampfes, für den kein Grund und kein Ziel mehr besteht, möglichst rasch friedlichen und freundschaftlichen Verkehr zu setzen, ist auf beiden Seiten gleich aufrichtig, das Bedürfnis danach gleich lebendig. Und wenn die Entente durch Schürung der inneren Zwistigkeiten in Russland, durch Unterwühlung der Stellung der jetzigen Mächte, haben dem Frieden entgegenzuarbeiten hoffte, so dürfte sie, ihres rücksichtslosen Egoismus längst überführt, eher das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreichen.

Die zehn Tage Bedenkzeit, die den Staatsleuten der Entente nun aufs neue gestellt sind, dürften nach Lage der Dinge kaum als Tage angenehmer Beschaulichkeit verlaufen. Die Bekanntgabe der Kriegsziele der Mittelmächte, nach der die Herren Lloyd George, Asquith, Carson und all die anderen so leidenschaftlich gerufen, dürfte sich ihnen nun, gerade weil Deutschland alles gewährt, was ein gerechter Friede in sich schliesst, als eine grosse Unannehmlichkeit erweisen. Um Deutschland, wie er verkündete, in den Frühjahrskämpfen zu zerschmettern, braucht Herr Lloyd George eine neue Million Männer, und die englischen Arbeiter wollen sie, unter Verzicht auf ihnen früher gegebene Zusagen, ihm liefern. Wird nun aber auch die Bereitwilligkeit dieser Arbeitermassen, deren Kriegszielprogramm den russischen Prinzipien so viel näher steht als denen von Downingstreet, unter dem Eindruck der Kündgebung von Brest-Litowsk nicht noch ein wenig tiefer sinken? Von der Wirkung auf die wachsende Gegnerschaft des Kabinetts Clemenceau, die der Verlauf der Caillaux-Angelegenheit zu einer neuen Macht in Frankreich zusammenzuschweissen scheint, ganz zu schweigen! Desgleichen von der Wahrscheinlichkeit, dass die stürmische Friedensbewegung in Italien, die der Ministerpräsident Orlando noch einmal unter Aufgebot aller parlamentarischen Künste beschworen, aufs neue in gefährlicher Masse erstarke. Die Mittel, mit denen in all diesen Ländern der wahre Volkswille niedergeburtet wird, sind von einer Art, dass sich ihre Kraft allmählich erschöpft. Aber freilich nur allmählich; vorerst muss man noch mit der Notwendigkeit rechnen, dass wir, zu neuen schweren Kämpfen an den Westfronten gezwungen, durch die Kraft unserer Waffen den nach dem Frieden verlangenden Völkern die Befreiung von der Tyrannei ihrer Kriegsparteien erleichtern. Dass diese das wissen, es kommen sehen und dennoch, verhängt und verblendet zugleich, ihr Ohr den Friedensklängen von Brest-Litowsk verschliessen, das ist eben ein Glied mehr in der endlosen Kette der Verhängnisse dieses verhängnisvollen aller Kriege.



Der Waffenstillstand von Brest-Litowsk:
Prinz Leopold von Bayern, der Oberbefehlshaber-Ost, beim Unterzeichnen des Waffenstillstandes.

1. Kamenef; 2. Joffe, Vorsitzender der Delegation; 3. Frau A. A. Bizenko, Mitglied der Delegation; 4. Kontre-Admiral Altvater; 5. Hauptmann im russischen Generalstab Lipsky; 6. Karachan, Sekretär der Delegation; 7. Oberstleutnant im russischen Generalstab Fokke; 8. Zeki Pascha, der Bevollmächtigte der Türkei; 9. Botschafter v. Mérey; 10. Prinz Leopold von Bayern; 11. General Hoffmann, Chef des Stabes; 12. Oberst Gantschew, der bulgarische Bevollmächtigte; 13. Kapitän zur See Horn; 14. Hauptmann Roy; 15. Major Brückmann; 16. Major v. Kameke; 17. Rittmeister v. Rosenberg; 18. Major v. Mirbach; 19. Dolow-Dobrowsky. (Siehe auch die Bilder auf Seite 3.)

nehmen. Als gemeinsamer Sprecher des Vierbundes ist in der Dienstsitzung Graf Czernin an der Reihe gewesen. Er hat auf das von den Russen vorgelegte Verhandlungsprogramm mit einer genaueren Darlegung des Standpunktes der Mittelmächte zu den einzelnen Forderungen geantwortet. Man muss anerkennen, dass das, was hier auch im Namen der deutschen Regierung erklärt worden ist, den Meinungen und Empfindungen der grossen Mehrheit des deutschen Volkes in der Frage der Kriegsziele entspricht. Es entspricht auch seinen Wünschen, dass hier mit grösserer Deutlichkeit und Bestimmtheit als bisher über unsere Kriegsziele Erklärungen abgegeben worden sind. Wird man von englischer Seite noch immer nach der fehlenden Antwort über Belgien schreien können, nachdem hier gesagt worden ist, dass keine gewaltsame Aneignung besetzter Gebiete geplant und dass nicht beabsichtigt ist, eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbstständigkeit verloren haben, dieser Selbstständigkeit zu berauben? Russland hat ohne weiteres die „enorme Bedeutung“ dieser Erklärung anerkannt, und ihr gegenüber werden in der Tat alle Redensarten von den hinterhältigen, bedrohlichen deutschen Imperialismus zu leeren Gerede und Schall. Es wird auch seinen Eindruck nicht verfehlen, dass, wie man weiss, die deutschen Delegierten erst nach vorheriger Fühlungnahme mit dem Reichstag zu den Verhandlungen abgereist sind. Die Regierung hat sich, wie halbamtlich bekanntgegeben worden ist, der Zustimmung der von ihr pflichtgemäss ins Vertrauen gezogenen Fraktionsführer zu ihrer Haltung in der Frage der Kriegsziele versichert. Damit hat sich auch gezeigt, dass die Juliresolution des Reichstags von ihrer Kraft und Geltung nichts verloren hat. Dieser Tatsache gegenüber müssen die Angriffe der enttäuschten Alldeutschen, die